



Magdeburg, 12.03.2020

- Einblick #2/2020 -

Liebe Genossinnen und Genossen,

Haushaltsverhandlungen sind normalerweise ein dröges Thema. Aber diesmal haben sie es in sich: Die Verhandlungen über den Landeshaushalt 2020/21 sind in dieser Woche abgeschlossen worden, und die SPD hat dabei ihre wichtigsten Vorhaben erfolgreich durchgebracht. Der Landtag kann den Haushalt jetzt in seiner Sitzung am 26./27. März 2020 beschließen.

Es hat sich bewährt, dass sich die SPD klare Schwerpunkte gesetzt hat und an ihnen auch dann noch konsequent festgehalten hat, als sie im Haushaltsentwurf der Landesregierung noch nicht verankert werden konnten. Die entscheidenden Erfolge konnten erst in den letzten Verhandlungsstunden der Koalitionsfraktionen erreicht werden.

Die Ergebnisse im Überblick:

- **Das Azubi-Ticket kommt**
- **Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft**
- **150 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen**

So sehen die Ergebnisse zu unseren drei Schwerpunktthemen aus:



Azubi-Ticket

Das Azubi-Ticket wird zum 1. Januar 2021 eingeführt. Damit haben wir als SPD erfolgreich eine Forderung durchgesetzt, die sowohl von Unternehmen und Kammern als auch von Gewerkschaften und Auszubildendenvertretungen seit langem erhoben wird. Sie haben uns in den Verhandlungen immer Rückenwind gegeben. Sachsen-Anhalts Auszubildende bekommen zukünftig in Sachen Mobilität ähnliche Bedingungen wie zum Beispiel in Thüringen und Sachsen. Das ist ein wichtiger Beitrag, um berufliche Ausbildung in unserem Land attraktiver zu machen.

Wir haben uns 1:1 mit unserem Vorschlag durchgesetzt:

- Das Ticket gilt landesweit, für Bus und Bahn, auf dem Weg zu Schule und Ausbildungsplatz genauso wie in der Freizeit.
- Es kostet für die Auszubildenden 50 Euro im Monat. Die Kammern haben im Vorfeld zugesagt, dass sie die ausbildenden Mitgliedsunternehmen überzeugen wollen, diesen Betrag zu übernehmen. Wir nehmen sie jetzt beim Wort.
- Das Land zahlt den Landkreisen und kreisfreien Städten einen Ausgleich in Höhe von acht Euro je Auszubildenden.

Straßenausbaubeiträge

Damit die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge klappen kann, müssen drei Dinge zusammen kommen: erstens genug Druck, um die CDU endlich von ihrer Blockadehaltung abzubringen. Das haben wir im Parlament und die Bürgerinitiativen auf der Straße 2019 geschafft. Zweitens Geld im Landeshaushalt, um den Kommunen die Einnahmeausfälle zu erstatten. Das haben wir jetzt erreicht: 2021 stehen dafür 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Das ist der entscheidende Durchbruch!

Und drittens brauchen wir eine klare Stichtagsregelung, um die Bürgerinnen und Bürger wirksam und zeitnah zu entlasten. Darüber wird in der Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen jetzt weiter verhandelt, und nach der Verabschiedung des Haushalts werden wir einen Gesetzentwurf vorlegen.

Investitionsprogramm für Krankenhäuser

Wie nötig unser Land flächendeckend Krankenhäuser braucht, sieht man gerade jetzt. Im letzten „Einblick“ haben wir uns eingehend mit der Lage der Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt beschäftigt. Dabei ging es auch um die wichtige Forderung von Petra Grimm-Benne nach einem kreditfinanzierten Investitionsprogramm – weil der Regierungsentwurf für den Haushalt ein solches Programm nicht vorsah. Bei der Höhe von 700 Millionen Euro haben wir uns an den Berechnungen der Krankenhausgesellschaft orientiert.

Mit dem jetzt erreichten Investitionsprogramm stehen Fördermittel sogar direkt im Landeshaushalt zur Verfügung. Zusammen mit Bundesmitteln sind diese 150 Millionen Euro (jeweils 50 Millionen in den





Jahren 2022 bis 2024) ein kraftvoller Einstieg in die notwendigen Investitionen für eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft.

Vorgeschaltet wird ein Gutachten, um die Verteilung der Mittel auf nachhaltige Strukturen, Spezialisierungen und Kooperationen auszurichten.

Mit diesen Schwerpunktentscheidungen drücken wir dem Haushalt für den Rest der Legislaturperiode einen klar sozialdemokratischen Stempel auf.

Weitere Akzente im Haushalt sind:

- **Umgang mit dem Corona-Virus:**

Die Koalition reagiert mit dem Haushalt auch auf die aktuelle Herausforderung, zum Beispiel durch Mittel für Schutzkleidung, Erstattung der Stornokosten für Klassenfahrten und andere Maßnahmen.

- **Wirtschaftsförderung:**

Im Haushalt des Wirtschaftsministeriums sind für Investitionen Ausgaben in Höhe von 146 und 145 Millionen Euro geplant. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur stehen 117,3 Millionen Euro in 2020 und 107,1 Millionen Euro in 2021 zur Verfügung. Die Ansätze liegen damit deutlich über dem Haushalt 2019. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, dass der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt nachhaltig und langfristig weiterentwickelt werden kann. Deshalb hatte sich Armin Willingmann vehement gegen Versuche der CDU stark gemacht, bei der Wirtschaftsförderung zu kürzen.

- **Wissenschaft:**

Seit Beginn der Legislaturperiode haben wir uns für einen Kurswechsel in der Finanzierung des Wissenschaftsbereichs eingesetzt. Auch mit diesem Haushalt stärken wir die Hochschulen, die medizinischen Fakultäten und die Forschungsförderung durch höhere Zuweisungen. Die beiden Universitätsklinika erhalten zudem mehr Geld für die Anschaffung neuer Großgeräte und weitere Investitionen.

- **Schulsozialarbeit:**

Die Schulsozialarbeit wird auf dem bisherigen Niveau bis zum Ende des Schuljahrs 2022/23 im Haushalt abgesichert. Das schafft Sicherheit für Beschäftigte, Schulen und Eltern.

Kein Licht ohne Schatten – natürlich gibt es in einem solch umfassenden Kompromiss wie dem Landeshaushalt auch Punkte, die wir ganz anders entscheiden würden:

- Bei der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft konnte die geplante Änderung im Haushaltsbegleitgesetz nicht abgewendet werden. Die darin vorgesehene Regelung im Schulgesetz kann jedoch nur eine Übergangsregelung sein. Wir werden darauf drängen, dass





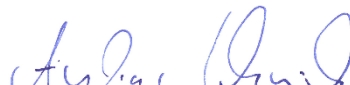
die Koalition eine Verständigung mit den Trägern auf eine grundsätzliche Neuorganisation der Finanzierung erreicht.

- Die CDU hat sowohl ihrem eigenen Innenminister zusätzliche Mittel zum Schutz der jüdischen Gemeinden verweigert als auch die von uns als Konsequenz aus dem Anschlag von Halle geforderten zusätzlichen Maßnahmen zur Prävention von Rechtsextremismus und Antisemitismus weitgehend gedeckelt. Wir werden trotzdem alles daransetzen, die Zivilgesellschaft zu stärken, und die erfolgreiche Arbeit mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit konsequent fortsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in der Kenia-Koalition gab es für uns schon manche unerfreuliche Erfahrungen. Dieser Haushalt ist mal das Gegenteil: ein klarer sozialdemokratischer Erfolg in den entscheidenden Punkten. Wir sollten ihn nutzen und viele Menschen darüber informieren. Wenn Ihr dafür Unterstützung oder weitere Informationen braucht, meldet Euch bitte bei uns.

Mit solidarischen Grüßen


Juliane Kleemann
Landesvorsitzende


Andreas Schmidt
Landesvorsitzender


Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende

